

+++ Ausgabe vom 10. November 2010 +++

Mid-Term Elections 2010: Zwischenwahl der verlorenen Hoffnungen

Indikatoren einer amerikanischen Identitätskrise

Die US-Zwischenwahlen 2010 sind vorbei und das Ergebnis dieser vier Milliarden Dollar teuren Polit-Show um die Gunst der amerikanischen Wähler steht fest – ebenso wie der große Verlierer dieses Wahltags: Barack Obama. Innenpolitisch sind die Demokraten nach der Wahl also deutlich angeschlagen. Der Erfolg liegt auf Seiten der Republikaner, die dadurch aber auch unter Zugzwang gesetzt werden. Ihre Wähler, insbesondere diejenigen mit Tea Party-Hintergrund, haben hohe Erwartungen, was Steuersenkungen, Ausgabenkürzungen und Staatsverschlinkung anbelangt. Auch außenpolitisch könnten auf die Verbündeten in Europa und NATO sowie die Alliierten in Afghanistan und Irak weitere finanzielle und personelle Belastungen zukommen, welche die USA nicht mehr zu tragen gewillt oder in der Lage sein werden.

Mid-Term Elections 2010: Zwischenwahl der verlorenen Hoffnungen

Indikatoren einer amerikanischen Identitätskrise

Ulf Gartzke

Die US-Zwischenwahlen 2010 sind vorbei und das Ergebnis dieser vier Milliarden Dollar teuren Polit-Show um die Gunst der amerikanischen Wähler steht fest – ebenso wie der große Verlierer dieses Wahltags: Barack Obama. Zwar stand der amerikanische Präsident auf keinem einzigen der vielen Millionen Wahlzettel, doch es ging um ihn und die Politik seiner Regierung, insbesondere um „Obamacare“, die Reform des amerikanischen Gesundheitswesens, und die weiterhin hohe Arbeitslosenquote von 9,6 Prozent, welche für fast 15 Millionen arbeitslose Amerikaner steht.

Stellvertretend für Barack Obama büßten die Demokraten ihre Mehrheit im Repräsentantenhaus ein und verloren eine Reihe von Sitzen im Senat, dessen Mehrheit sie aber knapp verteidigten. Darüber hinaus konnten die Republikaner einen großen Teil der in einigen Bundesstaaten zeitgleich abgehaltenen Gouverneurswahlen für sich entscheiden. In nackten Zahlen gewannen die Republikaner im Repräsentantenhaus 60 Sitze hinzu, den größten Zuwachs einer Partei bei Wahlen seit 1938. Und auch wenn die Republikaner die Senatsmehrheit verfehlten, so konnten sie doch annähernd zwei Drittel aller Kandidatenduelle dieses Wahlgangs für sich entscheiden – ein ebenfalls beeindruckendes Ergebnis.

Trotz dieser auf dem Papier so eindeutigen Ergebnisse sollte man sich jedoch hüten, die Republikaner vorbehaltlos als die strahlenden Sieger dieser Wahlen zu proklamieren. Schließlich resultiert dieses Ergebnis gerade nicht aus einer überwältigenden Zustimmung zum Wahlprogramm der Republikaner, sondern aus dem ungunstigen Gefühl vieler Amerikaner, dass sich ihr Land in die falsche Richtung bewege und die Obama-Administration dies durch ihre Politik noch beschleunige.

So berichtete unlängst der Time-Korrespondent Joe Klein nach einer mehrwöchigen Reise durch den Mittleren Westen der USA, gut einen Monat vor den Zwischenwahlen, über massive Zukunftsängste der dortigen Menschen. Viele Amerikaner, so Klein, sähen die USA im Niedergang begriffen, während China unaufhaltsam aufsteige – ökonomisch wie politisch. Begleitet, führte Klein weiter aus, werde diese Sorge um die äußere Stabilität von moralischen Selbstzweifeln angesichts der offenkundigen ökonomischen Verantwortungslosigkeiten im Lande, welche zuletzt in der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise gipfelten. Hier, so Klein, sähen viele Amerikaner auch bei sich selbst und in ihrem eigenen Umfeld eine deutliche Abkehr von den Werten und Zielen vergangener Generationen, die sich nun räche, auch finanziell.

So ist es denn nicht verwunderlich, wenn für viele Amerikaner gerade die Reform des amerikanischen Gesundheitswesens zum Sinnbild einer verfehlten Politik Barack Obamas geworden ist. Zwar teilen viele Amerikaner die Kritik am gegenwärtigen System und sind daher weit weniger „herzlos“ als von vielen Europäern unterstellt, aber in der aktuell vom Präsidenten durchgesetzten Reform erkennen viele vor allem eines: Milliarden und Abermilliarden von Dollar an künftigen Kosten. Nachdem jedoch bereits die Stützungsmaßnahmen für Wirtschaft und Finanzwelt Hunderte von Dollarmilliarden verschlungen, das US-Staatsdefizit in geradezu extraterrestrische Höhen katapultiert und parallel Millionen Amerikaner ihre Arbeitsplätze verloren hatten, fand dieses Projekt nur wenig Anerkennung. Vielmehr begann sich ein breiter Widerstand gegen die Steuer- und Finanzpolitik der Obama-Administration zu organisieren, welcher schließlich zur Tea Party führte.

Dieser Tea Party aber, mittlerweile von nahezu der Hälfte aller Amerikaner als positiv bewertet, verdanken die Republikaner ihren großen Erfolg bei den aktuellen Zwischenwahlen. Zuvor hatten Anhänger der Tea Party auf die Gründung einer eigenen Partei verzichtet und sich stattdessen zu einem Engagement in der Partei Lincolns und Eisenhowers entschlossen: rückblickend die für den Wahlausgang 2010 sicherlich bedeutsamste politische Entscheidung. Personell verursachen diese Zwischenwahlen eine große Zäsur, bedingt durch die vielen neuen Mandatsträger, welche sich in den kommenden Monaten erst auf dem Capitol Hill zurechtfinden müssen. Entsprechend wird die Phase bis zur Wiedererlangung der vollen politischen Effektivität wohl deutlich länger ausfallen.

Für Barack Obama bedeutet dieses Wahlergebnis auf jeden Fall einen empfindlichen Verlust an politischem Handlungsspielraum. Der Präsident wird bei seiner künftigen Politik auf die Zustimmung der Republikaner angewiesen und zu Kompromissen gezwungen sein. Erste Ansätze hierzu waren bereits kurz nach der Wahl erkennbar, als Obama die Möglichkeit weitergehender Steuersenkungen für untere und mittlere Einkommensklassen in Aussicht stellte und sein demokratischer Mehrheitsführer im Senat, Harry Reid, Verhandlungsbereitschaft zur umstrittenen Gesundheitsreform signalisierte.

Barack Obamas Versprechen unmittelbar nach der Wahl, sich künftig verstärkt um Wirtschaft und Arbeitsplätze zu kümmern, dürfte hingegen eher als Eingeständnis vergangener Kommunikationsfehler gedeutet werden. Es ist davon auszugehen, dass er und seine Administration seit Amtsantritt unermüdlich an einer Bewältigung der Krise gearbeitet haben. Nur mangelte es bislang an Erfolg und öffentlicher Anerkennung.

Diese steht nun offenkundig auf Seiten der Republikaner, die dadurch aber auch unter Zugzwang gesetzt werden. Ihre Wähler, insbesondere diejenigen mit Tea Party-Hintergrund, haben hohe Erwartungen, was Steuersenkungen, Ausgabenkürzungen und Staatsverschlinkung angeht. Als ersten Schritt haben die Republikaner Ausgabenkürzungen in Höhe von 100 Milliarden Dollar angekündigt, um ihr feierliches

Wahlkampfversprechen vom September einzulösen. Dabei sollen jedoch die Bereiche Soziales, Gesundheit und Verteidigung von Einschnitten verschont bleiben – mithin 60 Prozent des laufenden Haushalts –, so dass für Kürzungen nur die Bereiche Bildung, Wohnungsbau, Verkehr und Umweltschutz verbleiben. Hinsichtlich künftiger von den Republikanern angekündigter Steuersenkungen muss daher angenommen werden, dass diese bei unveränderter Wirtschaftslage nicht zur Gänze durch weitere Ausgabenkürzungen refinanziert werden können. Vielmehr ist in diesem Fall mit weiter steigenden Defiziten zu rechnen. Also keine leichten Aufgaben für die Republikaner. Hinzu kommt die durch die Unterstützung der Tea Party deutlich gestiegene Heterogenität bei Wählern und Mandatsträgern. Vor manchem von ihnen liegt ein langer Weg vom Protest hin zur Politik.

Innenpolitisch beginnt für Barack Obama jetzt der Kampf um die Wiederwahl 2012, und auch angesichts der aktuell katastrophalen Ergebnisse sollte man von vorschnellen Nachrufen absehen. Ein Blick in die jüngere Geschichte zeigt, dass Ronald Reagan (1982) und Bill Clinton (1994) ähnliche Wahlniederlagen erlitten und trotzdem ihre Wiederwahl erreichen konnten. Allerdings sehen politische Analysten die Republikaner bei den Wahlen 2012 deutlich im Vorteil. So müssen sich 2012 wesentlich mehr demokratische als republikanische Senatoren zur Wahl stellen, und die im kommenden Jahr anstehende Wahlkreisreform („re-districting“ bzw. „gerrymandering“) erfolgt nun in vielen Gebieten unter Führung der Republikaner, so dass mancher bislang knapp demokratische Wahlkreis künftig an die Republikaner fallen dürfte. Überdies machen Bevölkerungsverschiebungen eine zahlenmäßige Neuverteilung der Wahlmänner, welche die einzelnen Bundesstaaten zur Wahl des Präsidenten ins „electoral college“ entsenden, erforderlich. Auch hier gewinnen traditionell republikanische Bundesstaaten (z. B. Texas, Florida und Arizona) zulasten traditionell demokratischer (z. B. New York, Massachusetts und Illinois).

Innenpolitisch sind die Demokraten nach der Wahl also deutlich angeschlagen, aber auch außenpolitisch wurde ihr Präsident Barack Obama nicht unerheblich geschwächt, während der Einfluss der Opposition hier zugenommen hat. Dies gilt u.a. auch für den Kriegseinsatz in Afghanistan. So werden die Republikaner zwar keinesfalls den geplanten Abzug der US-Truppen aus Afghanistan in Frage stellen, jedoch deutlicher als bisher die Kosten-Nutzen-Relation betonen, zumal jeder US-Soldat in Afghanistan den amerikanischen Steuerzahler pro Jahr durchschnittlich eine Million Dollar kostet. Künftig werden zahlreiche Abgeordnete daher im Zweifelsfall noch stärker auf die Stimmung im eigenen Wahlkreis denn auf geopolitische und geostrategische Erfordernisse Rücksicht nehmen. Auf die Verbündeten in Europa und NATO sowie die Alliierten in Afghanistan und Irak können daher weitere finanzielle und personelle Belastungen zukommen, welche die USA nicht mehr zu tragen gewillt oder in der Lage sein werden. Schließlich prägen die Tea Party auch signifikant isolationistische wie protektionistische Tendenzen, wodurch sich Schnittmengen mit gewerkschaftsnahen Demokraten ergeben.

Die Europäer sehen sich in diesem Fall seit langem nicht mehr gekannten Herausforderungen und Gestaltungsräumen gegenüber. Insbesondere die Antwort auf Chinas Außen- und Wirtschaftspolitik bedarf demnächst möglicherweise einer deutlich engeren transatlantischen Kooperation. Entsprechend könnte sich die Hinwendung Barack Obamas zum pazifischen Raum bei seinem Amtsantritt als, diesmal außenpolitische, Fehlorientierung herausstellen.

Autor

Ulf Gartzke ist Leiter der Verbindungsstelle Washington der Hanns-Seidel-Stiftung.

Impressum: Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Lazarettstraße 33, 80636 München
Vorsitzender: Dr. h.c. mult. Hans Zehetmair, Staatsminister a.D., Senator E.h.
Hauptgeschäftsführer: Dr. Peter Witterauf